

WIRTSCHAFTSCHRONIK

III. QUARTAL 1998

Nachdem im 1. Halbjahr die internationalen Finanzmärkte von der Asienkrise geprägt waren, verschärfen sich die internationalen Turbulenzen durch die Entwicklung in Rußland. Die russische Wirtschaftskrise wird durch eine politische Krise verstärkt. Eine weitere Verunsicherung der Weltwirtschaft kündigt sich in Südamerika von Brasilien ausgehend an. Unter diesem Szenario erweisen sich die Finanzmärkte der künftigen Euro-Länder als stabil; Norwegen unternimmt einige Anstrengungen, um die Krone zu stützen.

1. Juli: Der russische Ministerpräsident Sergej Kirijenko stellt der Duma ein Stabilisierungsprogramm zur Sanierung des Staatshaushalts vor. Durch die Eintreibung der Steuerschulden sowie eine Vereinheitlichung des derzeit gestaffelten Mehrwertsteuersatzes (Lebensmittel 10%, Dienstleistungen und Personentransport 20%) auf 20% soll nach vier bis fünf Monaten eine Stabilisierung erreicht werden. Zur Überbrückung dieser Phase wären neue Kredite des Währungsfonds notwendig.

AUSLAND

Um Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen zu fördern, gewährt die Slowakei für Erträge aus Investitionen von mindestens 200 Mill. SKK in materielle Anlagen einen Nachlaß von 75% der Einkommensteuer.

Die Europäische Zentralbank nimmt ihre Arbeit auf.

3. Juli: Die russische Regierung vereinbart mit dem Erdgas-Monopolisten Gasprom eine Ratenzahlung der Steuerschulden von monatlich 1 Mrd. RUB (160 Mill. \$). Die Steuerschulden von Gasprom betragen derzeit 12 Mrd. RUB, die Forderungen des Unternehmens gegen den öffentlichen Sektor 13 Mrd. RUB.

8.–9. Juli: In Innsbruck findet ein informelles Ratstreffen der Arbeits- und Sozialminister der EU statt. Zentraler Punkt der Diskussion ist die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Kommissar Flynn strebt eine Senkung der EU-weiten Arbeitslosenquote von derzeit 10,3% auf 6% an.

10. Juli: In einer Rede vor dem parlamentarischen Oberhaus weist der russische Ministerpräsident Kirijenko neuerlich auf die drastische Situation der Staatsfinanzen hin. Demnach stehen den monatlichen Verpflichtungen des öf-

Abgeschlossen am
30. September 1998.

fentlichen Haushalts von 25 Mrd. RUB (4 Mrd. \$) Einnahmen von 21 bis 22 Mrd. RUB gegenüber. Die Finanzierung über festverzinsliche Staatsanleihen mit Zinsen von 80% bis 100% sei nicht mehr praktikabel, ein Markt für diese Schuldscheine existiere praktisch nicht mehr. Gleichzeitig spricht Kirijenko von einer Abkehr der Wirtschaftspolitik von der Liberalisierung der ersten Reformjahre.

13. Juli: Weltbank, IMF und russische Regierung einigen sich auf ein Strukturreformprogramm, welches innerhalb der nächsten 18 Monate eingeführt werden soll und vor allem die Sanierung des Staatshaushalts, aber auch die Unterstützung des privaten Sektors und die Stärkung des Wettbewerbs zum Inhalt hat. Im laufenden und im kommenden Jahr könnte Rußland 22,6 Mrd. \$ an Finanzhilfe erhalten, davon wären 14,8 Mrd. \$ noch in diesem Jahr verfügbar.

17. Juli: Bulgarien unterzeichnet das Zentraleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA). Nach der Ratifizierung in allen Parlamenten der CEFTA-Länder (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Rumänien) werden in einer Übergangsperiode bis 2001 80% der Industrieerzeugnisse von Zöllen befreit sein, die restlichen 20% der Industrieerzeugnisse unterliegen verringerten Zöllen.

19. Juli: Die russische Staatsduma weigert sich, zentralen Teilen des Reformprogramms wie der Erhöhung der Mehrwertsteuer zuzustimmen. Um dadurch entstehende Einnahmefälle auszugleichen, ordnet Präsident Jelzin per Dekret eine Verdoppelung der Grundsteuer an und legt sein Veto ein gegen zwei vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Steuersenkungsgesetze. Kirijenko kündigt die Einführung eines Zolls von 3% auf alle Importe an.

21. Juli: Der IMF gewährt Rußland einen weiteren Großkredit von 22 Mrd. \$, wobei die erste Tranche um 800 Mill. \$ auf 4,8 Mrd. \$ gekürzt wird. Dieses Warnsignal soll eine bessere Umsetzung des Reformpaketes bewirken.

17. August: Die russische Zentralbank verkündet ein Moratorium für die Rückzahlung von Auslandsschulden von 90 Tagen. Der Zahlungsaufschub gilt für von privaten Gläubigern im Ausland aufgenommene Kredite mit einer Laufzeit von mehr als 180 Tagen sowie für Devisentermingeschäfte und Kredite, die durch die Hinterlegung von Wertpapieren gesichert sind.

23. August: Der russische Präsident Jelzin entläßt Ministerpräsident Kirijenko und seine Regierung.

24. August: Die norwegische Notenbank erhöht die Leitzinsen. Der Einlagensatz steigt auf 8%. Dies ist die siebente Leitzinsenerhöhung seit Jahresbeginn, die dritte in diesem Quartal. Als Folge steigt der Taggeldsatz auf 10%.

25. August: Der russische Präsident Jelzin unterzeichnet einen Plan zur Umschuldung kurzfristiger in langfristige Staatspapiere. Schatzwechsel und Anleihen mit Fälligkeit bis Ende 1999 werden in Rubelanleihen mit einer Laufzeit von 3 bis 5 Jahren umgewandelt.

30. August: Der IMF gibt bekannt, daß die Kredite für Rußland eingefroren werden.

5.–6. September: Die Krise in Rußland dominiert das informelle EU-Außenministertreffen in Salzburg. Nach der Ernennung einer neuen russischen Regierung soll die EU-Troika nach Moskau entsandt werden. Weitere Finanzhilfen wird die EU Rußland nur unter der Garantie von Reformen gewähren.

7. September: Der vom russischen Präsidenten Jelzin für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagene Victor Tschernomyrdin scheidet ein zweites Mal bei der Wahl in der Staatsduma.

Der russische Zentralbankchef Sergej Dubinin ersucht um seine Entlassung. Wegen des Aufschiebens von Gesetzesentwürfen durch die Staatsduma habe man die Bevölkerung vor den Verlusten, die durch die Währungsturbulenzen entstanden, nicht schützen und ein funktionierendes Bankensystem nicht wiederherstellen können.

11. September: Die russische Staatsduma bestätigt Jewgenij Primakow als Ministerpräsidenten.

Um den anhaltenden Devisenabfluß einzudämmen, erhöht die brasilianische Notenbank den Leitzinssaldo um 20 Prozentpunkte auf 49,75%.

17. September: Die EU-Troika trifft in Moskau mit dem Ministerpräsidenten Primakow zusammen. Ratspräsident Schüssel empfiehlt Rußland, ein europäisches System der sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln. Im Umfang des bestehenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens der EU mit Rußland könnten 150 Mill. ECU umgeschichtet werden, um prioritäre Bedürfnisse der russischen Bevölkerung zu erfüllen.

20. September: Der russische Rechnungshof wirft der Zentralbank vor, Hilfskredite des IMF veruntreut zu haben.

22. September: Das Thema „ländlicher Raum“ steht im Mittelpunkt des informellen Treffens der EU-Landwirtschaftsminister in St. Wolfgang. Eine integrierte Politik des ländlichen Raumes könnte eine zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik werden.

24. September: Unter dem Vorsitz von Österreichs Wirtschaftsminister Farnleitner findet der erste Binnenmarkt-Ministerrat in Brüssel statt. Diskutiert werden die Vollendung des Binnenmarktes und Fragen des Schutzes von geistigem Eigentum.

27. September: Die Wahlen zum deutschen Bundestag gewinnt die SPD mit 40,9% der abgegebenen gültigen Stimmen vor der CDU/CSU (35,2%). Die Grünen erhal-

ten 6,7%, die FDP 6,2%, die PDS 5,1% und sonstige Parteien 5,9%. SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder wird mit der Regierungsbildung beauftragt.

29. September: Die Notenbank der USA senkt den Taggeldsatz um 0,25 Prozentpunkte auf 5,25%, um den Auswirkungen der Asienkrise auf die Wirtschaft entgegenzusteuern.

ÖSTERREICH

Der Vorsitz Österreichs in der Europäischen Union beschäftigt die politischen Akteure des Landes. Ein Gutachten über den Bau des Semmering-Basistunnels sorgt für verkehrspolitische Diskussionen. Im österreichischen Lebensmittelhandel könnte ein weiterer Ankauf des deutschen Rewe-Konzerns den Wettbewerb verzerren.

1. Juli: Nach England übernimmt Österreich erstmals die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Schwerpunkte unter österreichischem Vorsitz sind die Beschäftigungspolitik, die reibungslose Einführung des Euro und die verstärkte wirtschaftspolitische Koordination. Weitere Umsetzungsschritte der Agenda 2000, wie die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Strukturpolitik, eine Neuregelung der Finanzierung der Union sowie die Schaffung geeigneter Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitglieder sollen gesetzt werden. In der Umweltpolitik stehen der dauerhafte Schutz natürlicher Lebensgrundlagen durch Sicherung hoher ökologischer Standards sowie die Berücksichtigung des Gedankens der nachhaltigen Entwicklung in allen Tätigkeitsbereichen der Union auf dem Arbeitsprogramm. Fragen der inneren Sicherheit durch verbesserte Zusammenarbeit der europäischen Polizei zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität, des Drogenhandels und des Terrorismus sowie die neuen Instrumente zur Umsetzung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik laut Amsterdamer Vertrag, der Anfang 1999 in Kraft tritt, werden einen Schwerpunkt bilden. Weitere Themen sind die Steuerharmonisierung auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarktes, die Weiterentwicklung der EU-Menschenrechtspolitik sowie die Fortführung der Diskussion von Cardiff zu Fragen der Bürgernähe und der demokratischen Legitimität.

1. September: Die Landeskollektivverträge für das Hotel- und Gastgewerbe sind mit Ausnahme von Vorarlberg abgeschlossen. In Wien und Niederösterreich wird eine Anhebung der Kollektivvertragslöhne um 1,8%, im Burgenland um 2,9%, in Salzburg, Tirol, der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich um 3,95% beschlossen. Alle Landesverträge gelten bis 30. April 1999.

21. September: In ihrem Endbericht gibt die Experten-Gruppe „Ausbau-Varianten Südbahn“ folgende Empfehlungen ab:

- Prüfung des Einsatzes von Neigetechnikzügen auf der Südbahn,
- schnellstmöglicher Ausbau der Bahnlinien Wien-Flughafen-Wampersdorf und Wampersdorf-Eisenstadt-Sopron als hochrangige Bahnverbindung,
- höchste Priorität für den Bau der Koralmbahn und des dafür notwendigen Koralmtunnels,
- unverzüglicher Planungsbeginn zur Ertüchtigung der Aspangbahn.
- Der Ostteil der Süd-Ost-Spange erscheint derzeit nicht zweckmäßig.
- Wegen der EU-Beitrittsansuchen der Transformationsländer sollen die technische Machbarkeit und langfristige Auswirkungen einer Einbindung Ungarns in die Trassenüberlegungen auf das Verkehrsaufkommen untersucht werden.
- „Um den Zeitraum zur Klärung der offenen Rechtslage zum Semmering-Basistunnel zu nutzen, sollen die empfohlenen Untersuchungen umgehend, jedenfalls innerhalb der nächsten 2 Jahre durchgeführt und von der Arbeitsgruppe begleitet werden.“
- „Nach Vorliegen dieser Untersuchungsergebnisse ist unverzüglich eine endgültige Entscheidung über die geeignetste Ausbauvariante des Systems Südbahn zu treffen.“
- 22. September: Nach dem Ankauf von Julius Meinl könnte der deutsche Handelskonzern Rewe (in dessen Besitz bereits die Billa-Gruppe ist) in Österreich eine marktbeherrschende Stellung erhalten; um dies zu verhindern, verpflichtet sich Rewe in einer freiwilligen Vereinbarung mit Wirtschaftsminister Farnleitner, binnen zwei Jahren seinen Marktanteil in Ostösterreich von 51,7% auf 50% zu senken. Durch Filialverkäufe, Stilllegungen und Umwidmungen sollen Umsätze von 1,4 Mrd. S abgegeben werden.